Stimmen : Recht und Liebe

Autor(en): **Hamp, Pierre**

Objekttyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **17 (1923)**

Heft 11

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

So taucht aus Bürgerkrieg und Hungersnot, aus all diesen Finsternissen unserer Tage immer wieder das Licht der Verheissung auf, dass das alles «Geburtswehen Christi» seien.

Zürich, 14. November 1923. **L. R.**

Stimmen

Recht und Liebe.

Die gegenwärtige französische Politik ist nicht das, was alle Franzosen lieben. Sein Recht fordern, sich mit grosser Hartnäckigkeit an einem zweifelhaften Anspruch halten, genügt nicht für die glückliche Leitung einer Nation. Die Idee des Rechtes ist die solide Grundlage der Zivilisation nach der chaotischen Gewaltsamkeit barbarischer Völker gewesen. Das römische Volk hat dadurch, dass es die rechtliche Form der Gesellschaft und der Familie festgelegt, der Menschheit einen unermesslichen Dienst erwiesen.

Die Strenge des Rechtes wurde durch die christliche Bewegung und die Idee des Mitleids gebrochen. Seit Jahrhunderten ist es nicht mehr möglich, die Regel der einfachen Wiedervergeltung (talio) anzuwenden, einem Menschen genau das, was er verübt hat, wieder anzutun. Dagegen erhebt sich das Gewissen der Menschheit aufs entschiedenste. Die Repressalien, die während des Krieges ausgeübt wurden, bedeuteten einen Rückfall des menschlichen Gewissens auf eine überwundene Stufe.

Das Christentum hat der Welt Gefühle gebracht, die die rein rechtliche Gestaltung der Gesellschaft erschüttert haben.

Ohne die Idee des Rechtes wäre die Zivilisation nie zu einer kraftvollen Gestalt gelangt. Aber das Gerichtshaus ist nicht der schönste Tempel der Menschheit und schliesst nicht ihr höchstes Ziel ein.

Wir sind an einem Punkt der Geschichte angekommen, wo es gilt, ein neues Denken zu schaffen. Die französische Politik tut heute einen Geisteszustand kund, der zurzeit des römischen Imperiums am Platze war. Das Gehirn Poincarés ist um zweitausend Jahre rückständig. Der juristische Geist allein befähigt heute nicht mehr, die Menschen völlig zu verstehen, die Völker zu lenken und die unermesslichen Interessen einer Zivilisation zu versöhnen, deren ganze Kraft auf der Arbeit ruht.

Was den heutigen Völkern vor allem nottut, ist eine Sicherung gegen den Krieg. Und wenn für diesen Zweck das Recht Veränderungen erfahren muss, so müssen diese angebracht werden, so wie das Christentum nicht verfehlt hat, das Recht des Sklavenhalters, des Staatsbürgers und des Hausvaters zu vermindern, um dem Erbarmen Raum zu schaffen. Die christliche Bruderschaft ist die Verneinung des römischen Rechtes. Was

wir heute nötig haben, ist eine internationale Bruderschaft. Es zeigt sich aber auch auf schreckliche Weise, wie die absolute Durchsetzung seines Rechtes für Frankreich selbst, für Deutschland und ganz Europa, den Ruin bedeutet. — — —

Wenn es so sein sollte, dass die Zivilisation nur durch das Recht aufrecht erhalten werden kann, so wäre Herr Poincaré einer der wertvollsten Diener der Menschheit gewesen. Wenn im Gegenteil bewiesen werden kann, dass eine Nation, die in der Verfechtung des Rechtes so weit als immer möglich geht, eine Zerstörerin der Zivilisation ist, dann wird Herr Raymond Poincaré für einen rückständigen Barbaren gehalten werden müssen.» (Pierre Hamp im «Quoditien».)

Rundschau

Vom Zivildienst. Wir machen darauf aufmerksam, dass die ausführliche Begründung, die unserer Zivildienst-Petition beigegeben worden ist, als besondere kleine Broschüre unter dem Titel: «Dienstverweigerung und Zivildienst» herausgegeben worden und bei unserer Zentralstelle (Hans Amberg, Alfred Escherstrasse 8, Zürich 2) zu beziehen ist. Das Stück kostet 20 Rappen. Mit dieser Veröffentlichung ist, leider etwas spät, nachgeholt, was zu Beginn unseres Feldzuges hätte geschehen sollen. Die Verbreitung dieser Flugschrift dient nicht nur der Sache des Zivildienstes, sondern dem ganzen Kampf gegen den Militarismus überhaupt; wir empfehlen sie darum allen Freunden und Gesinnungsgenossen aufs angelegentlichste.

Wir wissen im übrigen noch nicht, ob die Petition in der Dezembersession der eidgenössischen Räte schon zur Sprache kommt. Dass sie die Geister noch immer erregt, beweist ein, im übrigen ganz trauriger aber schon eher komisch wirkender, Aufsatz des Obersten Feyler in der Revue Militaire Suisse (Septembernummer). Man fürchtet uns offenbar sehr. Dass wir nicht untätig sind und den Kampf auf alle Fälle und mit neuen Mitteln weiterführen werden, dürfen wir allen Freunden versichern, trotz der Ungunst der Zeiten, ja erst recht. Es wird darüber zu seiner Zeit schon das Nötige gesagt werden.

Im übrigen gibt es in dieser Sache noch andere Ermutigungen als der Aufsatz des Obersten Feyler. Aus Schweden kommt sehr guter Bericht über das Gedeihen des Zivildienstes. Sowohl die Leiter als die Diensttuenden erklären sich von der Art und Weise, wie der Dienst gestaltet wird, sehr befriedigt. Die Regierung will darauf hin das geltende Gesetz, das nur religiöse Gründe für die Dienstverweigerung gelten lässt, in dem Sinne ergänzen, dass alle Gewissensgründe genügen. Auch soll die Dienstzeit sehr stark verkürzt werden.

Dazu mag ein Vorkommnis beitragen, das uns eine schwedische Freundin meldet. Ein Medizinstudent, der den Dienst verweigerte, wurde an Händen und Füssen gefesselt, mit seiner weissen Studentenmütze auf dem Kopfe, durch die Strassen ins Gefängnis geschleppt. Das erzeugte grosse Aufregung im Lande. Ein Aufruf, der von der Universität Lund ausging, und jene Ergänzung des Gesetzes forderte, wurde von 16 Professoren, 12 andern Dozenten und 353 Studenten unterschrieben. Die sind droben im Norden, trotz der gefürchteten Nähe Sowiet-Russlands, weiter als wir. L. R.